



<b>Projektgebiet</b>	<b>Westafrika</b>
<b>Projektländer</b>	<b>Ghana/Benin Burkina Faso/Togo/</b>
<b>Quartal/Jahr :</b>	<b>April bis Juni 2010</b>

## **Westafrika**

### **Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung der Projektregion**

- *Wirtschaftliche Wiederbelebung nach der Weltwirtschaftskrise - IWF-Bericht / OXFAM-Kommuniqué*
- *Rückgang der Entwicklungshilfegelder in Europa*
- *Bericht der Afrikanischen Entwicklungsbank / Entwicklungsindikatoren für Afrika / Steuerpolitik*
- *Kinderarbeit in Afrika*
- *Transportkorridor zwischen Abidjan und Lagos*
- *Errichtung einer ‚großen grünen Mauer‘ durch die Sahelländer*
- *Gefahr einer Erdölkatastrophe im Golf von Guinea?*
- *25. Frankreich-Afrika-Gipfeltreffen in Nizza (Frankreich) ‚Senegalesische Schützen‘*

Nach dem am 21. April in Washington vorgestellten Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) soll sich die Weltwirtschaft nach der Krise weit besser als vorgesehen erholen, wobei sich die afrikanischen Wirtschaften als recht resistent gezeigt hätten. Trotz sehr pessimistischer Vorhersagen, gestützt auf vorangegangene Krisen, sei das Wachstum im vergangenen Jahr (2009) in Subsahara-Afrika auf durchschnittlich 2,9% geblieben und soll im laufenden Jahr (2010) auf rund 4,7% (weltweit 4,2%) ansteigen.

Dabei seien Unterschiede zwischen den einzelnen afrikanischen Staaten durchaus feststellbar. Die erdölexportierenden Länder, die zwar unter dem Rückgang der Nachfrage seitens der Industrieländer gelitten hätten, profitierten nun wieder von der Erhöhung des Erdölpreises, die Staaten mit mittleren Einkommen könnten weiter ein Wachstum zwischen 4% und 5% verzeichnen, bei den ärmsten Ländern werde ein Wachstum in 2011 von bis zu durchschnittlich 6,7% erwartet. Allerdings hinge ein Großteil der afrikanischen Staaten weiterhin von den Entwicklungshilfegeldern der Industrienationen ab, deren schwächeres Wachstum sich bemerkbar machen wird.

In einem gleichzeitig veröffentlichten Kommuniqué erklärte die internationale NRO ‚OXFAM‘ die Aussagen des IWF als zu optimistisch, die ärmeren Länder hätten während der Krisenzeit, entgegen ihren Planungen (u.a. Programme zur Armutssenkung), in Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft, Erziehung, Gesundheit und Sozialwesen Abstriche machen müssen. Nach Angaben von OXFAM sollen in den Staatshaushalten (2009-2010) der 56 von ihr untersuchten Länder insgesamt rund 65 Mrd. \$ fehlen. Die NRO appellierte daher an die Nationen, ihre Versprechungen bezüglich der Erhöhung der Entwicklungshilfegelder einzuhalten.

Auch der Ende Mai auf der diesjährigen Hauptversammlung der Afrikanischen Entwicklungsbank (BAD) vorgestellte Bericht zu den Wirtschaftsperspektiven des Kontinents, in diesem Jahr auf die ‚Mobilisierung öffentlicher Ressourcen und Entwicklungshilfe‘ ausgerichtet, ent-

hält ähnliche Zahlen. Danach soll die Weltwirtschaftskrise das wirtschaftliche Wachstum Afrikas von durchschnittlich jährlich ca. 6% (2006-08) auf rund 2,5% (2009) reduziert haben, ein Wiederanstiegen auf 4,5% (2010) und 5,2% (2011) sei zu erwarten, in Nord- und Westafrika auf rund 5%.

Der Fortschritt auf dem Kontinent hinge, wie der Bericht weiter ausführt, nicht zuletzt von der politischen und wirtschaftlichen ‚good governance‘ sowie der Verbesserung der Infrastrukturen und der Entwicklung des regionalen Handels ab. Auch stelle die Mobilisierung öffentlicher Gelder, insbesondere von Steuereinnahmen, ein geeignetes Mittel für die Regierungen dar, sich langfristig aus der Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern zu lösen.

Einer von der BAD, zusammen mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OCE), in 50 Ländern durchgeführte Untersuchung zur Steuerpolitik auf dem Kontinent ist zu entnehmen, dass die Steuereinnahmen der untersuchten Staaten von insgesamt 113 Mrd. \$ (1996) auf 479 Mrd. \$ (2008) angestiegen und damit durchaus mit denen entsprechender Länder auf anderen Kontinenten vergleichbar seien, selbst wenn, wie weiter ausgeführt wird, dieses Ansteigen vor allem dem Zuwachs an Einnahmen aus der Ausbeutung von Bodenschätzen zuzuschreiben sei. Auch dieser Bericht erwähnt erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten. Bei den ‚reichen‘ Ländern (Südafrika, Algerien, Gabun) sollen die Steuereinnahmen ca. 35% des BSP ausmachen, bei den Ländern mit mittleren Einkommen (Kamerun, Kongo, Elfenbeinküste) zwischen 20 und 25%. Die Länder mit niedrigen Einkommen, zu denen u.a. auch Benin und Burkina Faso zählen, lägen dagegen unter 15% ihres BSP (15% des BSP werden als Minimum für die steuerliche Lebensfähigkeit eines Staates angegeben). Die Länder versuchten, auf unterschiedliche Weise, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen. Zu den Staaten, die sich in dieser Hinsicht verdient gemacht hätten, gehöre auch Burkina Faso.

Im Mai wurde, anlässlich einer vom VN-Kinderhilfswerk UNICEF und der VN-Organisation für Arbeit organisierten internationalen Konferenz zum Thema ‚Kinderarbeit‘, deren aktueller Bericht vorgestellt. Wie diesem zu entnehmen ist, soll in Subsahara-Afrika, im Gegensatz zu anderen Teilen der Welt, die Zahl arbeitender Kinder (zwischen 5 und 14 Jahren) weiter zugenommen haben. Mangelnder Schulbesuch aber auch fortbestehende Krisen in einigen Ländern werden als Begründungen genannt. Dazu kämen, allein in Afrika, 12 Mio. AIDS-Waisen. Dem Bericht zufolge werden, bei anhaltender Tendenz, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit bis zum Jahr 2016 (Millenniumsziel) nicht beseitigt werden können.

Die Weltbank kündigte die Errichtung eines Transportkorridors zwischen Abidjan und Lagos (über Ghana, Togo und Benin) von nahezu 1.000 km Länge an, der von rund 35 Mio. Personen benutzt werde. Bei dem auf 228 Mio. \$ geschätzten Vorhaben im Rahmen der regionalen Integration, soll es u.a. um die Verbesserung der allgemeinen Handels- und Transportbedingungen, die Angleichung der Rechtsverfahren in den einzelnen Ländern sowie die Förderung gemeinsamer Programme zur AIDS-Bekämpfung gehen.

Elf Sahelländer, darunter Burkina Faso, planen, wie Mitte Juni anlässlich eines ersten Gipfeltreffens in N'Djamena (Tschad) bekanntgegeben wurde, eine sogenannte „große grüne Mauer“ von 7.100 km Länge und 15 km Breite zwischen Dakar und Djibouti in ca. 3 - 5 Jahren zu errichten, um damit das Voranschreiten der Wüste aufzuhalten. Wie der Staatspräsident des Tschad, Idriss Déby, bei dieser Gelegenheit erklärte, soll, neben den nicht direkt betroffenen Ländern auch die internationale Gemeinschaft an dem Vorhaben beteiligt werden, das als Beitrag Afrikas zur weltweiten Klimaänderung gesehen wird.

Nach Berichten des frz. Radiosenders ‚Radio France International‘, im Zusammenhang mit der Erdölkatastrophe im Golf von Mexiko, soll die Gefahr einer ähnlichen Katastrophe durchaus auch vor der westafrikanischen Küste bestehen und stelle, aufgrund fehlender Katastrophenplanung sowie nötiger Mittel für den Notfall, ein erhöhtes Risiko dar. Die Wochenzeit-

schrift ‚Jeune Afrique‘ informierte über mindestens 20 schwimmende Plattformen zwischen der Elfenbeinküste und Angola, deren Anzahl mit der Entdeckung neuer Ölfelder voraussichtlich noch zunehmen werde und von denen viele bereits seit über 15 Jahren in Betrieb und entsprechend baufällig seien. Einen weiteren Unsicherheitsfaktor stellten die sogenannten ‚Floating Production Storage und Offloading‘ dar, ausgediente, umgebaute Tankschiffe, die auf offenem Meer u.a. das geförderte Erdöl einlagern und die, da dessen größter Teil für den Export bestimmt ist, häufig be- und entladen werden, was zwar die Kosten senke aber nicht ohne Risiko für die Umwelt sei.

Ende Mai fand in Nizza (Frankreich) das 25. Frankreich-Afrika-Gipfeltreffen statt, an dem 38 afrikanische Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Anlässlich des festlichen Eröffnungsakts erklärte der französische Staatspräsident, Nicolas Sarkozy, u.a. dass sein Land auch weiter dafür plädieren werde, dass der Kontinent in den internationalen Institutionen, insbesondere den Vereinten Nationen, den Platz erhalte, der ihm zustünde. Zum ersten Mal waren auch Arbeitgeber und Unternehmer zu dem Gipfel eingeladen, ca. 80 französische und rund 150 afrikanische sowohl Groß- als auch Kleinunternehmer, trafen sich in Nizza.

Anlässlich des 50. Jahrestages ihrer Unabhängigkeit lud Frankreich 14 frankophone afrikanische Staaten ein, am französischen Nationalfeiertag (14. Juli) mit je einem Truppenkontingent an der traditionellen Militärparade auf den Pariser Champs Elysées teilzunehmen. Damit sollen die damaligen so genannten „senegalesischen Schützen“, die aus unterschiedlichen westafrikanischen Ländern, darunter auch Benin und Burkina Faso, stammten und die über einhundert Jahre (1857 bis 1960) in der französischen Armee gedient hatten, besonders geehrt werden.

## **Weitere Meldungen zu den einzelnen Projektländern**

### **Ghana**

Im Vorgriff auf die nächsten Präsidentschaftswahlen (2012) führt die Oppositionspartei NPP derzeit, gemäß ihren Statuten, nach denen der Präsidentschaftskandidat bereits zwei Jahre zuvor bestimmt sein muss, die entsprechenden Vorwahlen durch. Die Bekanntgabe des Kandidaten ist spätestens im August zu erwarten.

Anfang Juni trafen sich Vertreter der vier wichtigsten politischen Parteien des Landes (NDC-Regierung, NPP, CPP, und PNC / Opposition) zu einer Diskussion über die geplante Aktualisierung der Verfassung des Landes. Dabei bestand Einigkeit bei allen vier Parteien u.a. darüber, das Mandat des Staatspräsidenten bei vier Jahren mit der Möglichkeit einer einmaligen Verlängerung zu belassen. Das ‚Komitee zur Vorbereitung der Verfassungsänderung‘ teilte gleichzeitig mit, rund 8.000 Vorschläge aus der Bevölkerung erhalten zu haben, ein Zeichen für Ghanas lebendige Demokratie.

Mit dem noch im Lauf des Jahres vorgesehenen Beginn der Erdölförderung rechnet man, wie offiziell mitgeteilt wurde, mit einer Steigerung der Wachstumsrate des Landes von 4,9% (2009) über 6,5% (2010) auf bis 12% im Jahre 2012. Die Investitionsmöglichkeiten im Erdölproduktionsbereich sollen im ersten Jahr rund 5 Mrd. \$ betragen. Ein in Singapur während 24 Monaten umgebautes ehemaliges Tankschiff im Wert von 875 Mio. \$, mit einer täglichen Aufnahmekapazität von 120.000 Barrel und einer Lagerkapazität von 1,6 Mio. Barrel soll als schwimmende Produktionseinheit im neu entdeckten Jubilee Field eingesetzt werden. Ghanas Vizepräsident John Dramani Mahama kündigte die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 500 Mio. \$ bei IWF und Weltbank zur Begleichung der Schulden und des Defizits der Erdölraffinerie von Tema an.

Der ghanaische Landwirtschaftsminister, Kwesi Ahwoi, gab, anlässlich eines Treffens mit Studenten, bekannt, dass lediglich 57% der Gesamtfläche des Landes (nahezu 24 Mio. Hektar) für die Landwirtschaft nutzbar seien, davon würden derzeit rund 54% tatsächlich bebaut. Bei 60% der landwirtschaftlichen Produzenten handle es sich um Kleinbetriebe, die noch mit rudimentären Techniken arbeiten. Das Land produziere derzeit 64% seines Bedarfs an Getreide, 68% an Fisch, 36% an Fleisch, allerdings unter 30% der Rohstoffe für seine lebensmittelverarbeitende Industrie. Nahrungsmittelunabhängigkeit bestehe lediglich für Wurzeln und Knollenfrüchte.

Mitte Mai teilte die staatliche Kakao-Vermarktungsagentur ‚COCOBOD‘ mit, rund 550.000 Tonnen Kakaobohnen, 10% weniger als in der gleichen Zeit im Vorjahr, aufgekauft zu haben. Als Grund dafür wurde u.a. verstärkter Schmuggel in die Nachbarländer Elfenbeinküste und Togo angegeben, in denen günstigere Preise zu erzielen seien. Das Land Ghana, nach der Elfenbeinküste, weltweit zweitwichtigster Kakaoproduzent, verfolge allerdings weiter das Ziel, innerhalb der nächsten zwei Jahre seine derzeitige Jahresproduktion von 700.000 auf 1 Mio. T zu erhöhen.

Wie das ghanaische Umweltministerium mitteilte, habe die Regierung dem Gesetzentwurf über die Einführung genmanipulierter Organismen in der Landwirtschaft zugestimmt, allerdings sollten diese, über ein in Burkina Faso, das bereits über längere Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügt, bestehendes ‚Büro für landwirtschaftliche Studien‘ kontrolliert werden.

Ghana, das, nach offiziellen Angaben, in der Goldproduktion weltweit an 9. Stelle steht, soll 48% seiner Exporterlöse aus dem Bergbausektor, dessen Wachstumsrate von 5,5% (2008) auf 8% (2009) gestiegen sei und der rund 12.000 Personen beschäftige, beziehen.

Die Inflationsrate ging von 13,32% (März) auf 11,66% (April) und 10,68% (Mai) zurück. Nach Aussagen des Gouverneurs der ghanaischen Zentralbank könne, bei anhaltender Tendenz, ein weiteres Absinken bis unter 10% im September erreicht werden. Dagegen sollen sich, im Vergleich zur gleichen Periode des vergangenen Jahres, die Staatsschulden, die mit 1,1 Mrd. Ghc (4,2% des BSP), angegeben werden, im ersten Quartal 2010 erhöht haben.

In der von dem amerikanischen Wirtschaftsmagazin ‚Forbes‘ aufgestellten Rangordnung der weltweit schlechtesten Ökonomien, nimmt Ghana den 9. Platz ein. Nach Aussagen des Magazins könnte das Land, mit seinen reichhaltigen Bodenschätzen, bessere Ergebnisse erzielen.

Rund 2,2 Mrd. \$ pro Jahr benötige, nach Aussagen der Weltbank, das Land Ghana zur Verbesserung seiner Infrastrukturen, insbesondere im Bereich neue Technologien, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Gesundheitseinrichtungen, um im Jahr 2020 zu den Ländern mit mittleren Einkommen zu zählen.

Die von afrikanischen Investoren gegründete Gesellschaft ‚African Finance Corporation‘ (AFC) plant, zusammen mit weiteren Partnern, die Errichtung eines Elektrizitätswerks in Tema mit einer Kapazität von 340 Megawatt. Das Vorhaben, dessen Gesamtkosten mit 450 Mio. \$ angegeben werden, soll zum Jahresende abgeschlossen sein. Die staatliche Stromversorgungsgesellschaft ‚Electric Company of Ghana‘ erhielt ein Darlehen von nahezu 450 Mio. \$ seitens der Weltbank sowie Frankreichs, Norwegens und weiteren Gebern für die Verbesserung des Stromversorgungsnetzes in der Hauptstadt Accra.

Eine ghanaische Firma schloss ein Abkommen mit einer chinesischen Unternehmensgruppe über 300 Mio. \$, um über diesen ‚Joint Venture‘ noch im laufenden Jahr eine Montagefirma für u.a. Kfz, Motorräder und Traktoren zu errichten, deren Produkte insbesondere Landwirten aber auch Angestellten im Gesundheits- und Erziehungsbereich zugute kommen sollen.

Auf der Weltausstellung in China ist Ghana mit einem Stand im afrikanischen Pavillon vertreten, 300 ghanaische Unternehmer sollen im Verlauf der Ausstellung nach Shanghai reisen. Anfang Juli wird dort ein Tag ganz dem Land gewidmet sein.

Aufgrund bereits länger andauernder ethnischer Auseinandersetzungen im Norden des Landes (Umgebung von Bawku) sollen über 3.000 Personen ins Nachbarland Togo geflüchtet sein. Nach Erklärungen des ghanaischen Innenministers seien keine genauen offiziellen Zahlen bekannt.

## Benin

Bei der bereits seit geraumer Zeit angekündigten und am 18.6., nur wenige Monate vor den nächsten Präsidentschaftswahlen (März 2011), durchgeführten Kabinettsumbildung, bei der acht Minister ersetzt wurden und ein Portefeuille wechsel stattfand, handelte es sich um eine rein politische Entscheidung. Das Ausscheiden des bisherigen Justizministers und Regierungssprechers Victor Topanou, zuvor Generalsekretär der Regierung, wurde mit dem schleppenden Vorgehen der Justiz bei Korruptionsfällen begründet.

Neu ins Kabinett eingetreten ist u.a. Modeste Kérékou, Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Mathieu Kérékou und Mitglied der der Regierung nahestehenden Partei Ubf. Bei dem neuen Industrieminister, Candide Azannaï, handelt es sich um ein ehemaliges RB- (Oppositions-) Mitglied. Claudine Prudencio, die das Ministerium für Handwerk und Tourismus übernimmt, ist Vorsitzende der von dem ehemaligen Staatspräsidenten Emile Derlin Zinsou gegründeten Partei Undp. Die übrigen neu ins Kabinett berufenen Minister sind in ihren jeweiligen Wahlbezirken als politisch aktiv bekannt.

Die politische Landschaft formiert sich, in Erwartung der Wahlen im kommenden Jahr, immer stärker. Die in der Koalition „UN“ (l'Union fait la Nation) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien benannten als gemeinsamen Kandidaten Adrien Houngbedji (Gründer und Vorsitzender der Partei PRB, ehemaliger Parlamentspräsident). Auch der derzeitige Gouverneur der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD), Abdoulaye Bio Tchane, wie Boni Yayi aus dem Norden des Landes stammend, ist ein durchaus ernst zu nehmender Gegner für den derzeitigen Staatspräsidenten.

Anfang April stattete der burkinische Staatspräsident Blaise Compaoré seinem beninischen Amtskollegen Boni Yayi einen Besuch ab, um, wie das Kommuniqué des beninischen Außenministeriums erklärte, die guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern zu bekräftigen.

Mitte Juni besuchte der VN-Generalsekretär, Ban Ki-Moon, das Land und drückte, im Verlauf einer Pressekonferenz, die er zusammen mit Staatspräsident Boni Yayi, am Ende seines Aufenthalts gab, seine Zufriedenheit über diesen Besuch aus. Er hob insbesondere die demokratische Reife des Landes hervor, begrüßte dessen Fortschritte in der Bekämpfung der extremen Armut und bekräftigte die Entschlossenheit seiner Organisation, weiter mit dem Land vor allem in den Bereichen Umwelt, Gleichberechtigung der Geschlechter, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Erziehung zusammenarbeiten zu wollen.

Die Auseinandersetzungen um die Erstellung eines fortlaufenden digitalen Wählerverzeichnisses (LEPI) gingen auch im 2. Quartal weiter. Das Verfassungsgericht wies den vom Parlament neu verabschiedeten Gesetzentwurf, der das im Vorjahr verabschiedete und im Parlament außer Kraft gesetzte Gesetz ersetzen sollte, zurück. Opposition und Zivilgesellschaft lehnen die Erstellung des Wählerverzeichnisses weiter wegen Unzuverlässigkeit ab. Unter

anderem seien die von der von Staatspräsident Boni Yayi eingesetzten Arbeitsgruppe ausgesprochenen Empfehlungen zur Verbesserung des Verfahrens nicht umgesetzt worden, folglich bestünden auch die festgestellten Unregelmäßigkeiten, insbesondere was die tatsächliche Anzahl der potentiellen Wähler angeht, weiter. Die Oppositionsparteien appellierten daher unter anderem an die Geberländer und -organisationen, den Prozess, solange er nicht ordnungsgemäß verlaufe, im Namen der beninischen Demokratie, nicht weiter zu unterstützen.

Am 18. Mai stellte die in Erinnerung an den verstorbenen Kardinal gegründete ‚Stiftung Cardinal Bernardin Gantin‘ ihren ersten internationalen Preis in Höhe von 68 Mio. F CFA (103.000 €) haitischen Schülern und Studenten in Benin zur Verfügung.

Während des zweiten internationalen Geschichten-Erzähler-Festivals, das alle zwei Jahre in Benin stattfindet, begeisterten Geschichtenerzähler aus Afrika, Europa und Kanada zwei Wochen lang Kinder und Erwachsene im ganzen Land für orale Literatur.

### **Burkina Faso**

Am 10.5. stattete der Gouverneur der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD), der Beniner Abdoulaye Bio Tchané, dem burkinischen Staatspräsidenten einen offiziellen Besuch ab, mit dem er, wie er vor der burkinischen Presse erklärte, die anstehende Unterzeichnung eines Darlehensabkommens bezüglich der Entwicklung von Infrastrukturen im Land besprach. Weiter seien die Energieprobleme in der Region sowie bereits unternommene Lösungsbestrebungen seitens der ECOWAS, insbesondere die ‚Regionale Initiative für nachhaltige Energieversorgung‘, über die 500 Mrd. F CFA (7,6 Mio. €) von den ECOWAS-Ländern für die Finanzierung entsprechender Projekte zur Verfügung gestellt werden sollen, Thema der Gespräche gewesen.

Anfang Juni, anlässlich des dritten Jahrestags seiner Ernennung, erklärte Premierminister Tertius Zongo im Verlauf einer Pressekonferenz u.a., dass seine Regierung in den Schlüsselsektoren wie Gesundheit, Erziehung und Berufsbildung durchaus Erfolge habe verbuchen können und dass ein jährliches Wirtschaftswachstum von rund 4,5% erreicht worden sei.

Die Diskussion um eine eventuelle Verfassungsänderung (Artikel 37), mit deren Hilfe die auf zwei beschränkten Amtsperioden des Staatspräsidenten unbegrenzt gültig gemacht werden sollen, wurde, sowohl auf Seiten des Regierungslagers als auch der Opposition und der Zivilgesellschaft weiter geführt. Eine Unterschriftenaktion wurde durchgeführt. Staatspräsident Blaise Compaoré, im Oktober 1987 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, war 1991 offiziell zum Staatspräsidenten gewählt und 1998 wiedergewählt worden. Im August 2005 konnte er, nachdem im Jahr 2002 durch eine Verfassungsänderung das Mandat des Präsidenten auf zwei Amtszeiten beschränkt worden war, erneut für das höchste Staatsamt kandidieren - die Amtszeit nach der Verfassungsänderung galt als die erste - so dass er jetzt seit insgesamt 22 Jahren an der Macht ist und zu den Dienstältesten der Region zählt.

Bei der Mitte April von der Weltbankvertretung in Ouagadougou durchgeführten Pressekonferenz zum Thema „Entwicklungsindikatoren für Afrika 2010“ wurde insbesondere, nachdem lokale Unternehmer dazu befragt worden waren, die „heimliche Korruption“ thematisiert. Diese Form der Korruption habe sich, wie die Weltbank-Vertreterin in Burkina Faso berichtete, weiter entwickelt, beeinflusse auf nicht unerhebliche Weise das tägliche Leben der Bürger und wirke sich auf lange Sicht negativ auf die Entwicklung des Landes aus. Das Thema der verantwortlichen Regierungsführung (good governance) das, wie die Weltbank durchaus anerkennt, im Zentrum der strategischen Entwicklungsprioritäten des Landes steht und zu

den Säulen der Politik der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung gehört, stellt für die internationale Organisation ein transversales Anliegen dar.

Anfang April wurde in Ouagadougou das Netzwerk „African biosafety network of expertise“, eine Initiative des NEPAD-Sekretariats, offiziell vorgestellt. Gleichzeitig wurde erklärt, dass die Entwicklung der Biotechnologie und damit auch der genmanipulierten Organismen für Afrika unentbehrlich sei, zum einen als Reaktion auf die Klimaänderung aber auch um dem Problem der Nahrungsmittelunsicherheit und drohenden Hungersnöten in Afrika entgegenwirken zu können.

## Togo

Nach der Wiederwahl von Faure Gnassingbé zum Staatspräsidenten am 4. März (s. Vorbericht und Sonderberichte) boykottierten Anfang April die 31 Abgeordneten der Opposition (UFC/CAR) den feierlichen Eröffnungsakt der neuen Parlamentssitzungsperiode. Mitte April gaben die UFC-Vertreter in der Unabhängigen Wahlkommission (CENI) ihre Weigerung bekannt, aufgrund der im Verlauf der gesamten Wahlperiode regelmäßig vorgebrachten Vorbehalte, deren Abschlussbericht über die Durchführung der Wahlen anzuerkennen.

Seit der Bekanntgabe des von der Opposition (insbesondere UFC/FRAC - ‚Front républicain pour l’alternance et le changement‘ - ein Zusammenschluss mehrerer Oppositionsparteien) nicht anerkannten Wahlergebnisses werden von dieser regelmäßig öffentliche Protestkundgebungen durchgeführt. Bei einem Nachtmarsch am 14. April in Lomé, der von den Sicherheitskräften verhindert wurde, sollen ca. 70 Personen - Parteiverantwortliche und -mitglieder sowie Sympathisanten - festgenommen, später wieder freigelassen worden sein, im Parteibüro seien u.a. Dokumente, sowie Informatik- und anderes Material beschlagnahmt worden.

An einer weiteren Kundgebung am 17.4. konnte der UFC-Vorsitzende, Gilchrist Olympio, der, da er bisher keine klare Stellungnahme zu den Wahlen abgegeben hatte, immer mehr Kritik aus den eigenen Reihen erhält und sich überdies in Begleitung offizieller Sicherheitskräfte befand, nicht teilnehmen, er wurde von jugendlichen Parteianhängern mit Steinwürfen vertrieben. Nachdem eine weitere Kundgebung am 21. April von den Sicherheitskräften, die die Zugangsstraßen zum Stadtzentrum abgeriegelt hatten, verhindert wurde, errichteten jugendliche Demonstranten Barrikaden und blockierten den Verkehr, die Polizei setzte Tränengas ein, um die Kundgebung aufzulösen.

Kofi Yamgnane, Sprecher des FRAC, der zwischenzeitlich seine Organisation ‚Sursaut Togo‘ in eine politische Partei verwandelt hatte, sprach Ende April in einem Interview mit dem französischen Radiosender RFI über die tiefe Kluft zwischen dem UFC-Vorsitzenden Gilchrist Olympio, der niemals ernsthaft die Kandidatur von Jean-Pierre Fabre unterstützt habe und dem jüngeren, durch letzteren und den UFC-Generalsekretär, Patrick Lawson, vertretenen Teil der Partei.

Am 3. Mai wurde Staatspräsident Faure Gnassingbé vor u.a. Amtskollegen aus der Region, Benin, Burkina Faso und Ghana und dem togoischen Verfassungsgericht für ein weiteres Mandat offiziell vereidigt. Nach Aussagen von Faure Gnassingbé soll die Ausweitung der Beziehungen zwischen den Staaten der Region eine der Prioritäten seiner Regierung bilden.

Bestehende Gerüchte über einen möglichen Eintritt der UFC in die Regierung bestätigten sich durch die Verhandlungen, die Gilchrist Olympio ab Anfang Mai mit dem RPT-Generalsekretär Eso Solitoki führte. Nachdem Olympio zunächst dem burkinischen Staatschef und offiziellen Schlichter in der togoischen Krise einen offiziellen Besuch abgestattet

hatte, führte die Unterredung am 18.5. zwischen ihm und Staatspräsident Faure Gnassingbé zu einer Protestdemonstration vor seinem Wohnhaus in Lomé.

Premierminister und Regierungschef, Gilbert Fossoun Hounbo (erste Ernennung 7.9.2008), reichte am 5. Mai seinen Rücktritt ein, wurde umgehend von Staatspräsident Faure Gnassingbé wiederernannt und mit der Regierungsbildung beauftragt. Für die am 28.5. neu ernannte Regierung, der sieben UFC-Minister angehören, wurden Aufgabenbereiche neu aufgeteilt, einige Ministerien neu geschaffen, zwei Minister wechselten das Portefeuille.

Das Abkommen zwischen Gilchrist Olympio und der Regierungspartei über den Eintritt von UFC-Mitgliedern in die Regierung enthält als weitere Bedingungen u.a. die Durchführung struktureller Reformen sowie die Einrichtung eines Komitees zur Verfolgung von deren Umsetzung unter Leitung von Gilchrist Olympio.

Wie UFC-Vizepräsident Patrick Lawson dem Parteivorsitzenden Gilchrist Olympio in einem Schreiben mitteilte, hatte sich, nachdem die von ihm gewünschte Befragung der unterschiedlichen Partisesektionen durchgeführt worden war, der Parteivorstand am 17.5. eindeutig gegen den Eintritt der UFC in die Regierung ausgesprochen. Olympio, weiter nationaler Parteivorsitzender, sowie die UFC-Regierungsmitglieder wurden, aufgrund dieser Entscheidung, vorläufig aus der Partei ausgeschlossen.

Die Übernahme der vier staatlichen Banken - Union togolaise de banques (UTB / Togoische Bankenvereinigung), Banque togolaise de développement (BTD / Togoische Entwicklungsbank), Banque internationale pour l'Afrique au Togo (Biat / Internationale Bank für Afrika in Togo), Banque togolaise pour le commerce et l'industrie (BTCI / Togoische Bank für Wirtschaft und Industrie) wurde im März offiziell ausgeschrieben. Sowohl französische als auch regionale Banken bzw. Bankengruppen bekundeten bereits ihr Interesse.

Die Weltbank, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, gestand dem togoischen Erziehungssektor eine Finanzierung in Höhe von 45 Mio. \$ zu. Mit diesem Vorhaben soll der Schulbesuch von Kindern sowohl in der Stadt als auch auf dem Land unterstützt werden. Gleichzeitig soll über den Bau von Klassenräumen, Latrinen, aber auch die Lieferung von Schulbüchern zu einer qualitativen Verbesserung des Schulsystems beigetragen werden. Die Weltbank gewährte eine weitere, nicht rückzahlbare Anleihe in Höhe von 16,3 Mio. \$ zur Förderung wirtschaftlicher Reformen im Rahmen der Umsetzung von ‚good governance‘ und Transparenz sowie zur Förderung struktureller Reformen.

Die gegen Ende April erfolgte Erhöhung der Preise für Treibstoff und weitere Erdölprodukte führte am 22. Juni zu einem Streik der Taxi- und Busfahrer, Straßenbarrikaden wurden errichtet, der Verkehr in der Hauptstadt war stundenlang lahmgelegt.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
 Autor: Brigitte Mäntele-Enweani  
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359  
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de  
 Erstellt am: 5. Juli 2010